

und offen neonazistischer Tendenzen, von Ausländerhaß, Antisemitismus, psychischem Terror und sozialem Druck, Intoleranz, ja sogar Gewalttaten gegen Kommunisten und andere. Dazu stellt zum Beispiel Alfred Spieler den Antrag, das unser Parteitag in geeigneter Weise eine politische Initiative für die Schaffung eines breiten Bündnisses für die Entwicklung der DDR als antifaschistisches, demokratisches und humanistisches Gemeinwesen deutscher Nation auslöst, das allen Parteien, neuen Bewegungen, Massenorganisationen und Einzelpersonen gleichberechtigt offensteht. Auch der neu gegründete Jüdische Kulturkreis bittet uns in einer Zuschrift von Irene Runge, zur Aktualität antifaschistischer Positionen deutlich Stellung zu beziehen. Es geht um die heutige Verantwortung der Bürger in der DDR für Frieden und Antifaschismus. Im Zusammenhang mit dieser Problematik der Zurückdrängung neofaschistischer, rassistischer und nationalistischer Kräfte verdient der von Genossin Roswitha Stolfa aus Halle-Neustadt und 49 weiteren Genossinnen und Genossen unterbreitete Vorschlag, aufgegriffen zu werden, am Runden Tisch entsprechende Vereinbarungen für ein gemeinsames Vorgehen mit der Regierung der DDR zu treffen, die mit wirksamen Maßnahmen zu verbinden sind. (*Beifall*)

Im Interesse der Stärkung aller linken und antifaschistischen Kräfte liegt es auch, dem Antrag einer Gruppe von Berliner Genossen zu folgen und diesen Gruppen, Bewegungen und Parteien erweiterte Möglichkeiten politischer Arbeit zu schaffen: a) durch Nutzung von Räumlichkeiten, über die unsere Partei verfügt, und b) durch Zugang zu den Medien, namentlich Diskussionsseiten unserer Parteipresse, aber eben in dem Sinne, wie es Gregor gesagt hat, daß sie sowohl ihre Positionen darstellen können als auch, daß wir uns damit auseinandersetzen.

Zehntens und letztens: In einem Antrag der „Plattform WF“ vom Berliner Werk für Fernseh elektronik unter dem Titel „Unsere Partei politikfähig“ wird gefordert, daß der außerordentliche Parteitag das vom ihm gewählte Leitungsgremium beauftragt, mit anderen Parteien und demokratischen Bewegungen einen Konsens unter anderem zur Gewährleistung der staatlichen Eigenständigkeit der DDR anzustreben, bei – wie es in dem Antrag heißt – Nichtausgrenzung einer deutschen Konföderation im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sowie Nichtausgrenzung der Diskussion über einen zukünftigen einheitlichen deutschen Staat.

Hierzu gibt es auch einen von Genossen Joachim Hawlitzky, Delegierter der Kreisorganisation Frankfurt (Oder), initiierten sowie den euch heute früh zugestellten Antrag von Genossen Bruno Mahlow und anderen außenpolitisch versierten Genossen für eine Erklärung der SED zur deutschen Frage. Wer den gelesen hat, wird gemerkt haben, daß da zwei peinliche Tippfehler vorgekommen sind. Wer ihn zur Hand nehmen will: Auf Blatt 1, fünfte Zeile von unten, darf es natürlich nicht heißen „nationale Gefühle“, sondern entweder muß es heißen „nationalistische Gefühle“ oder einfach „Nationalismus“. Das ist korrekturwürdig. Und auf Blatt 3 in der vierten Zeile von oben ist wahrscheinlich eindeutiger zu sagen, nicht „zu verfolgen“, sondern „zu vertreten“, weil „verfolgen“ einen